

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.08.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal stark nachgefragt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.08.2023</i>	3
2 Bund und Länder streiten über Zwischenlager <i>Die Glocke Oelder Zeitung, 10.08.2023</i>	4

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 10.08.2023 | S. 17

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

FLÜSSIGGAS-TERMINAL IN DER OSTSEE

LNG-Terminal stark nachgefragt

Die Deutsche Regas hat den Bau des LNG-Terminals noch nicht beantragt, aber bereits erste Kapazitäten für Gas vergeben. Unterdessen untermauert die Gemeinde Binz mit einem weiteren Gutachten ihre ablehnende Haltung.

Das umstrittene LNG-Terminal in Mukran ist noch nicht genehmigt, die Nachfrage nach Flüssiggas über diesen Hafen aber offenbar bereits jetzt groß. Demnach wurde die für Mukran zusätzlich zu Lubmin angebotene Kapazität von jährlich vier Milliarden Kubikmeter Gas für zehn Jahre komplett ausgebucht, wie die Deutsche Regas als Betreiber des geplanten LNG-Terminals am Mittwoch mitteilte.

„Die große Nachfrage bestätigt nachdrücklich die Einschätzungen zur Gasversorgung der Bundesnetzagentur und der Bundesregierung“, so der Aufsichtsratsvorsitzende Stephan Knabe. Die Anträge für den Bau des Terminals sollen zeitnah Ende August/Anfang September eingereicht werden. Verbleibende Buchungsmengen sollen in späteren Vergabeprozessen angeboten werden. Über den Hafen Lubmin war eine Kapazität von 3,6 Milliarden Kubikmeter gebucht worden. Diese will die Deutsche Regas nach der Terminalge-

nehmigung nach Mukran mitnehmen.

Unterdessen untermauert die Gemeinde Binz mit einem weiteren Gutachten ihre ablehnende Haltung zum Terminal. Das Gutachten der Wasserbau-Ingenieurin Bärbel Koppe aus Wismar sieht Mängel in den Antragsunterlagen der Fährhafen Sassnitz GmbH für den Hafenausbau. Zudem würden die angegebenen 52 Ankünfte von LNG-Tankern pro Jahr nicht mit den vom Terminalbetreiber angesetzten 73 bis 91 Ankünften und den geplanten Umschlagvolumina korrespondieren. Das Terminal, das erst Anfang Juli in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufgenommen wurde, soll im Winter 2023/2024 in Betrieb gehen.

Die Deutsche Regas kritisiert das Gutachten als „unseriös“. Die Gutachterin treffe Annahmen auf der Grundlage alter Antragsunterlagen des Hafens für eine Vertiefung aus dem Jahr 2022, in denen das LNG-Projekt in Mukran noch keine Rolle gespielt habe.

📰 Die Glocke Oelder Zeitung | 10.08.2023 | S. 4

📄 Auflage: 6.496 | Reichweite: 34.452

FÜR SCHWACH- UND MITTEL-RADIOAKTIVEN ATOMMÜLL

Bund und Länder streiten über Zwischenlager

Beverungen/Berlin (dpa/gl). Die Entsorgungskommission des Bundes (ESK) hält ein Atommüll-Zwischenlager in Beverungen (Kreis Höxter) an der Landesgrenze zu Niedersachsen und Hessen für notwendig. „Die ESK kommt zum Ergebnis, dass ein Logistikzentrum für die optimierte Anlieferung an das Endlager Konrad erforderlich ist“, heißt es unter anderem in einer Stellungnahme, die die Kommission (ESK) gestern auf ihrer Internetseite veröffentlichte. Die ESK berät das Bundesumweltministerium.

Auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Würgassen in Beverungen soll das sogenannte Zentrale Bereitstellungslager „Logistikzentrum Konrad“ (ZBL Lok) entstehen. Schwach- bis mittelradioaktiver Atommüll aus Deutschland soll dort ab 2027 gesammelt und vorsortiert werden, ehe er in das Endlager Schacht Konrad im über 100 Kilometer entfernten Salzgitter transportiert wird. Laut der zuständigen Gesellschaft für Endlagerung sei man bei der für 2027 geplanten Fertigstellung des Endlagers etwa zwei Jahre in Verzug.

Um den Bau und die Notwendigkeit des ZBL Lok gibt es seit Jahren Streit. Die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind gegen das von der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) geplante Projekt. Laut einem von den beiden Bundesländern in

Auftrag gegebenen Gutachten ist das Zwischenlager nicht notwendig. Auch der Bundesrechnungshof kritisierte das Vorhaben.

Die Entsorgungskommission hat nun unter anderem das Gutachten der Bundesländer kritisiert. Wesentliche Schlussfolgerungen der Studie würden „auf nicht ausreichend vollständigen, aktuellen und robusten Annahmen beruhen“, schreibt die ESK. Für ihre Stellungnahme habe die Kommission auch die bisherigen Arbeiten der BGZ untersucht und Kommunen, Politiker sowie Bürgerinitiativen angehört. Würgassen ist demnach insbesondere mit Blick auf Fachgutachten plausibel. Das gilt auch für den Hochwasserschutz und die nur eingleisige Bahnanbindung, welche die ESK bisher kritisiert hatte.

Das Bundesumweltministerium will nun Gespräche mit den Ländern NRW, Niedersachsen und Hessen führen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär Christian Kühn (Grüne). Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) forderte eine grundlegende Überprüfung des Verfahrens. Er kritisierte, dass die Entsorgungskommission ihre selbst aufgestellten Kriterien für ein Atommülllager bei den Themen Bahnanbindung und Hochwasser im Nachhinein aufgehoben hat.